

**Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres**

TOP 2 staatlich

NIEDERSCHRIFT
der staatlichen Deputation für Inneres
am Donnerstag, den 4. Mai 2017
- 25. Sitzung der 19. LP -

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres stimmt der Tagesordnung zu.
TOP 2	Genehmigung von Protokollen	Beschluss: Folgendes Protokoll wurde genehmigt. 2.1 Niederschrift staatlich vom 30.03.2017
TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Inneres und der Bremischen Bürgerschaft	Beschluss: Die Auflistung wird zur Kenntnis genommen.
TOP 4	Aktuelle Statistiken	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt die aktuellen Statistiken zur Kenntnis.
TOP 5	Zwischenbericht und Verfahrensvorschlag zur Bearbeitung der Drs. 19/296, 19/712, 19/749 und 19/914 (Teil	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt entsprechend des Beschlussvorschlags der schriftlichen Vorlage Kenntnis und bittet die Geschäftsstelle der Deputation beim Senator für Inneres die ausstehenden Stellungnahmen beteiligter Ressorts einzuholen.
A	Pakt für Innere Sicherheit	./.
B	Übersendung der Nutzerdaten von Sozial-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden	./.
C	Integrationspolitik, Toleranz und Sicherheit in der Einwanderungsgesellschaft	./.
D	Mehr Sicherheit für Deutschland	./.
TOP 6	Osmanen Germania	Bericht: Staatsrat Ehmke führt auf Basis der schriftlichen Vorlage aus. Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis und bittet um Fortschreibung bei Vorliegen neuer Erkenntnisse.
TOP 7	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage	Bericht: Staatsrat Ehmke führt auf Basis der schriftlichen Vorlage aus. Beschluss: 1. Die staatliche Deputation für Inneres stimmt gegen die Stimme der FDP zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlags entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 17. April 2017 dem anliegenden Bericht zu. 2. Der Bericht ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.
TOP 8	Erkenntnisse aus der Übung der GETEX	Bericht: PP Müller berichtet auf Basis und im Umfang der schriftlichen Vorlage. MdBB Fecker erbittet die Schlussfolgerungen, auf Basis der im Bericht erwähnten strategischen und taktischen Erkenntnisse, soweit sie belastbar sind und in späteren Konzeptionen aufgegriffen werden zu berichten. Staatsrat Ehmke sagt dies zur Berichterstattung in den vorgesehenen Gremien zu. Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht gem. der schriftlichen Vorlage zur Kenntnis.

Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres

<p>TOP 9</p>	<p>Kontaktverbote oder Gewaltschutzanordnungen in Datenbanken Berichtsbitte der Fraktion der CDU</p>	<p><u>Bericht:</u> PP Müller berichtet, dass Gewaltschutzanordnungen im VBS @rtus durch die Mitarbeiter der Dienststelle K 14 KAV (Kriminalaktenverwaltung) gespeichert werden. Jeder Beamte/Angestellte der Polizei Bremen, der die Berechtigung hat, mit dem VBS @rtus zu arbeiten, bekommt bei Abfrage der betroffenen Person, gegen die sich die Gewaltschutzanordnung richtet, diese Information im VBS @rtus angezeigt. Über die Schnittstelle INPOL wird die Gewaltschutzanordnung im lokalen Bestand des Auskunftssystems INPOL bei Abfrage der betroffenen Person, gegen die sich die Gewaltschutzanordnung richtet, ebenfalls sichtbar. Auch hier bekommt jeder Beamte/Angestellte der Polizei Bremen, der die entsprechenden Berechtigungen für INPOL hat, Auskunft über das Bestehen einer Gewaltschutzanordnung. Die lokale Fahndung ist für andere Teilnehmer/Nutzer von INPOL nicht sichtbar, da dieser Bestand lediglich im Landessystem INPOL Bremen angezeigt wird und nicht über den Rechner-Rechner-Verbund (bundesweit) verteilt wird.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis.</p>
<p>TOP 10</p>	<p>Verschiedenes</p>	<p><u>Bericht:</u></p> <p><u>10.1 Bericht über auffällige UmA:</u> Seit Mitte März 2017 sorgen einzelne Neuankömmlinge wieder für einen Anstieg von Straftaten. Aus dieser Gruppe junger Flüchtlinge, die sich auch erst kurze Zeit in Bremen befinden, ist ein Fallzahlenanstieg bei den erfassten Straftaten dieser Gruppe zu verzeichnen. Für den in 2016 verzeichneten Rückgang der Fallzahlen war u.a. die Inhaftierung einer der Erfolgsfaktoren. Durchschnittlich befinden sich 20 UmA in Haft. Die Übergangsregelung der Umverteilung neuer UmA seit dem 01.11.2015 war ebenfalls maßgeblich. Auch die Durchsetzung der rechtstaatlichen Mittel in Bremen (Zeitnahe Durchführung von Abschiebehaftbefehlen (Stand 02.05.2017 – fünf volljährige Prio-UmA) hat sich herumgesprochen. Hier ist die Abschreckung als Ergebnis zu konstatieren, aber auch die Erkenntnis bei UmA, dass ein zu befürchtender Übergriff durch Staatsbedienstete nicht erfolgen wird (Rückgang der Widerstandshandlungen). Auch durch den Ausbau der intensivpädagogischen Einrichtungen, erfolgt zumindest zeitweise eine Beruhigung der Lage.</p> <p><u>10.2 Bericht über die Vorwürfe an die Polizei im Ermittlungsverfahren "Harms am Wall":</u> PP Müller berichtet über massive Vorwürfe seitens des freigesprochenen Geschäftsinhabers Eulenbruch über die Ermittlungsarbeit. Dabei steht u.a. der Vorwurf der Beweismittelunterdrückung im Raum. PP Müller betont, dass er die STA um Einleitung eines formellen Prüfverfahrens ersucht habe, denn er gehe davon aus, dass ein Anwalt, der öffentlich solche Vorwürfe erhebe, diese sicherlich auch beweisen könne.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht des Senators für Inneres zur Kenntnis.</p>